

Schützenhilfe vom Intimfeind

Jahrzehntlang gehörte er zum innersten Machtzirkel des Iran. Dann fiel Hossein Mousavian bei Präsident Achmadinedschad in Ungnade und wurde der Spionage bezichtigt. In seinen Memoiren gibt er seltenene Einblicke in das Atomdossier – und zollt seinem Gegner Tribut. *Von Urs Gehriger und Ron Haviv (Bild)*

Es hätte sein Ritterschlag werden können, stattdessen folgten Karriereende und Knast. Am 19. Juli 2005 war Seyed Hossein Mousavian beim frischgewählten Präsidenten Machmud Achmadinedschad vorgeladen. Seit Jahren zählte er zur Polit-Elite des Iran. Er war Unterhändler im Nuklearkonflikt, zuvor Botschafter in Deutschland und Leiter der aussenpolitischen Abteilung im Nationalen Sicherheitsrat. Jetzt hegte Mousavian berechtigte Hoffnungen auf einen weiteren Karriere-sprung. Er stand in der engeren Auswahl für das Amt des Aussenministers.

Doch kaum sass er dem neuen Präsidenten gegenüber, verdunkelte sich der Horizont. Mousavians Fazit über sein Treffen mit Achmadinedschad: «Er vertrat die extremste Position, die ich seit der Revolution von einem iranischen Politiker gehört hatte.» Der Schlagabtausch mit Achmadinedschad ist eine der Szenen aus Mousavians «Erinnerungen», die in den letzten Tagen erschienen sind. In dem Werk mit dem Titel «The Iranian Nuclear Crisis» gibt der Spitzendiplomat seltene Einblicke in die iranische Verhandlungsstrategie. Es sind, wie er selbst sagt, «Aufzeichnungen aus dem Herzen der Macht vor einem dramatischen Fall in die Ungnade».

Auf den Clinch mit dem neuen Präsidenten folgte der Fall. Mousavian wurde verhaftet und der Spionage angeklagt. Wegen «Gefährdung der nationalen Sicherheit» erhielt er fünf Jahre Berufsverbot. Um weiterer Verfolgung zu entgehen, suchte er 2009 Zuflucht beim Erzfeind, dem «grossen Satan» USA. An der Elite-Universität Princeton lehrt Mousavian internationales Krisenmanagement und zählt zu den gefragtesten Kommentatoren des Nuklearkonflikts.

Herr Mousavian, was geschah an jenem Juliabend 2005 in Achmadinedschads Büro?

Er war noch nicht offiziell im Amt und residierte in einem provisorischen Büro. Als ich eintraf, wurde mir gleich gesagt, Achmadinedschad habe bloss zwanzig Minuten Zeit. Es wurden schliesslich mehr als zwei Stunden. Wir stimmten nicht in einem einzigen Punkt miteinander überein.

Wie verlief das Gespräch?

Er ging mit mir das ganze Spektrum der Aussenpolitik durch, und er sparte nicht mit Kritik an unserer Arbeit, die wir unter Präsident Chatami geleistet hatten. Nach seiner

Einschätzung war unsere Strategie zu weich und nachgiebig. Ich unterstrich, wie wichtig es sei, unser Atomprogramm mit der internationalen Gemeinschaft abzustimmen und vertrauensbildende Massnahmen zu ergreifen. Ich mahnte ihn, nicht leichtsinnig Risiken einzugehen. Sollten wir unilateral mit der USA den Kampf vor den Uno-Sicherheitsrat ziehen und Sanktionen gegen uns ergreifen.

Was sagte er darauf?

Dass er sich keinen Deut um die Resolutionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) schere. Vor einer Verurteilung im UN-Sicherheitsrat habe er keine Angst. Ja, er sagte sogar, er würde Sanktionen be-

«Ja, er sagte sogar, er würde Sanktionen begrüssen, weil sie im Interesse des Landes wären.»

grüssen, weil sie im Interesse des Landes wären. Sie würden uns zwingen, unabhängiger und eigenständiger zu werden. Ich antwortete, dass ich nach der Revolution 1980, im Alter von 23 Jahren, ähnliche Ansichten gehegt hätte. Zwei Jahrzehnte im diplomatischen Dienst hätten jedoch meinen Sinn für die Realität geschärft.

In welcher Stimmung verliessen Sie Achmadinedschads Quartier?

Mir war klar, dass der Iran auf eine neue Konfrontation zusteuern würde. Und ich hatte keinen Zweifel, dass Achmadinedschad den Neustart für Uran-Anreicherung befehlen würde – ohne Rücksicht auf die IAEA.

Hatte Achmadinedschad seine Position vor Ihrem Treffen mit dem religiösen Führer, Ajatollah Ali Chamenei, abgesprochen?

Das war gar nicht möglich; Achmadinedschad war ja eben erst zum Präsidenten gewählt worden. Aber Chamenei hatte später verschiedentlich bekundet, dass er Achmadinedschads harte Linie unterstützt.

Hatten Sie im Atomdossier freie Hand?

Der Chef unseres Atomteams, Hassan Rowhani, wollte den Posten zuerst nicht übernehmen. Religionsführer Chamenei stimmte ihn um. Er sagte ihm: «Dies ist eine schwere Verantwortung auf meinen Schultern, nimm sie von mir.» Nachdem Rowhani so die Absolution des obersten Führers erhalten hatte, begannen wir, unsere Strategie auszuarbeiten.

Offenbar hat man Ihr Team über essenzielle Aspekte des Atomprogramms im Dunkeln gelassen. Im Buch schreiben Sie, die iranischen Unterhändler hätten nicht gewusst, dass der Iran von Pakistan Pläne für moderne Zentrifugen vom Typ P-2 erhalten hatte.

Die Pläne für P-2-Zentrifugen wurden von der IAEA publik gemacht. Wiederholt habe ich wichtige Informationen zum ersten Mal von IAEA-Mitarbeitern oder der ausländischen Presse vernommen. Ich musste dann jeweils unsere Pläne neu formulieren und die Krisen managen, welche dadurch entstanden waren.

Das Machtkartell im Iran erscheint vielen im Westen als Enigma. Klären Sie uns auf: Wer zieht die Fäden im Atomdossier?

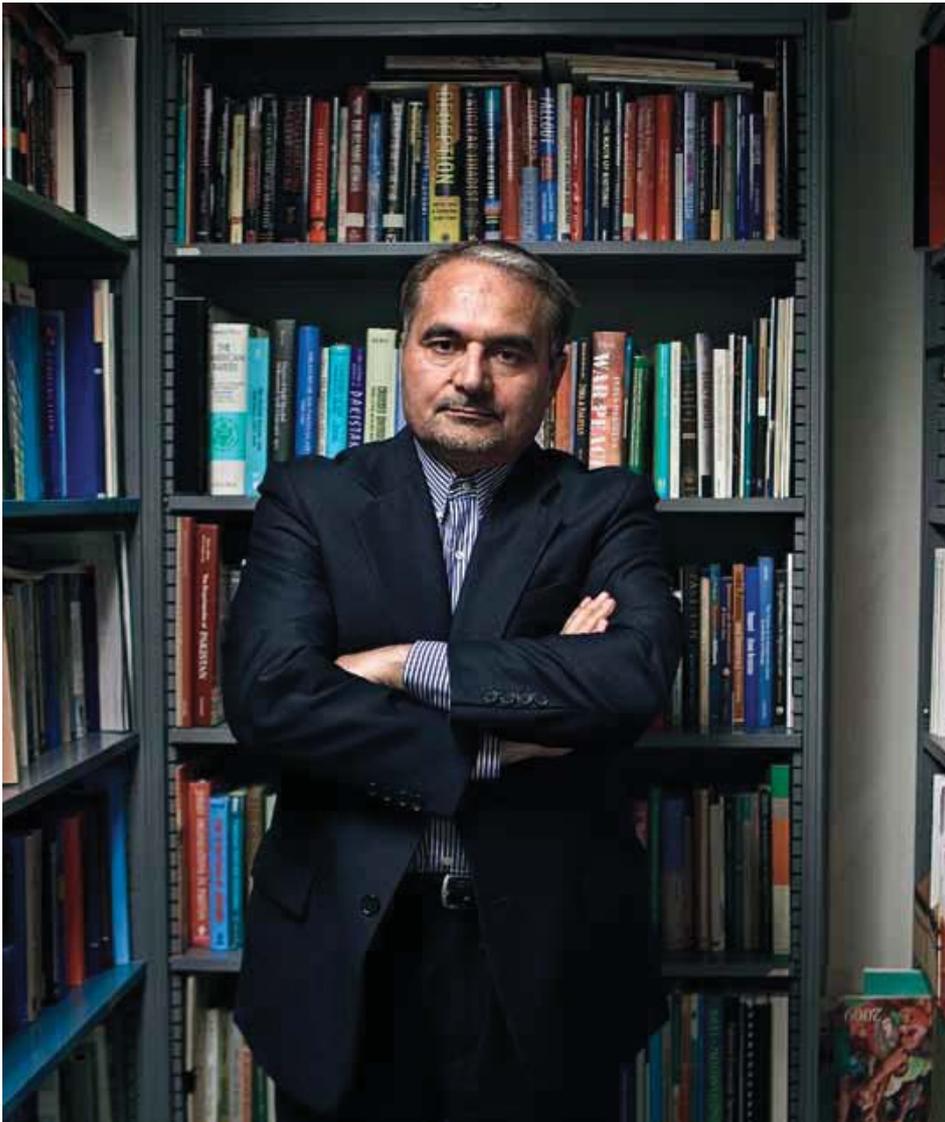
Es gibt keinen einzelnen Strippenzieher. Bei der Ausformulierung der Politik sind alle wichtigen Machtinstanzen beteiligt: das Aussenministerium, das Präsidialbüro, das Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates, die Spitzen des Militärs und des Geheimdienstes. Ist das Paket geschnürt, wird es dem Obersten Nationalen Sicherheitsrat übergeben. Der überarbeitet das Dossier und unterbreitet es schliesslich dem obersten Führer, Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei.

Das klingt nach einem langwierigen Prozess. Durchaus. Aber der endgültige Entscheid fällt stets der oberste Führer.

Wie denkt der oberste Führer? Welches ist seine wichtigste Leitlinie im Atomdossier?

Darüber gibt es keinen Zweifel: «Solange ich lebe, würde ich nie die Rechte unseres Landes aufgeben», sagte er unserem Chefunterhändler Rowhani. «Ich würde mein Amt niederlegen, wenn aus irgendeinem Grund der Iran seines Rechts, Uran anzureichern, bestohlen werden sollte.»

In seinem Buch schildert Mousavian, dass innerhalb des Machtzirkels heftige Richtungskämpfe stattfanden. Mousavian nennt sechs Lager: die «Konfrontativen», die ohne Rücksicht auf Konsequenzen das Atomprogramm entwickeln wollten. Die «Legalisten», welche ausschliesslich über technische Aspekte mit der IAEA kooperieren wollten und Verhandlungen mit einzelnen Mächten ausschlossen, weil sie angeblich nur politische Ziele verfolgten. Es gab den «Ostblock», der Verhandlungen über östliche Staaten – allen voran Russland und China – favorisierte, welche als Block gegen den Westen instrumentalisiert werden sollten. Eine weitere Fraktion waren die «Prag-



«Es gibt keinen Strippenzieher»: ehemaliger Unterhändler des Iran im Nuklearkonflikt, Mousavian.



Sucht die Konfrontation: Präsident Achmadinedschad in der Atomanlage in Natanz.

matiker», welche die Gefahr einer Rivalität der Nachbarn – nebst dem Druck aus dem Westen – als gross betrachteten und eine Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft propagierten, um Vertrauen zu schaffen. Selbst eine Gruppe von «Konzilanten» habe sich gebildet, eine sehr kleine Minderheit, die überzeugt war, dass der Iran seine Anreicherungsaktivitäten – wie der libysche Diktator Gaddafi 2003 – aufgeben sollte, um Sanktionen oder gar eine Militärintervention zu verhindern.

Mousavian selbst gehörte einer sechsten Fraktion an, die einen «grand bargain», einen grossen Handel mit dem Ausland, anstrebte. Sie betrachtete den Atomkonflikt als Komponente einer breiteren Konfrontation mit dem Westen. Eine Lösung könne nur erreicht werden, so waren sie überzeugt, wenn die Beziehungen zu den westlichen Staaten normalisiert würden, besonders zu den USA.

2003 erzielte Mousavians Team einen Deal mit den EU-3 (Frankreich, Grossbritannien, Deutschland), der die Spannung zwischen dem Iran und dem Westen verringerte. Er sah die Einführung des Zusatzprotokolls vor (erweiterte IAEA-Sicherheitsvorkehrungen) und einen iranischen Uran-Anreicherungsstopp.

Über weite Strecken lesen sich Mousavians Memoiren als Apologie seiner Strategie, die letztlich scheiterte. Zwölf verpasste Chancen zeichnet er im Detail nach und versäumt nicht, die «Schuldigen» zu nennen. Fast ausschliesslich macht er die angeblich starre Haltung des Westens für den eskalierenden Atomstreit verantwortlich.

Welches war die grösste verpasste Chance, den Atomkonflikt gütlich zu regeln?

Wir machten beispiellose Annäherungsversuche, indem wir 2003 freiwillig ein Zusatzprotokoll unterzeichneten, das die IAEA zu unangekündigten Kontrollen befugte. Das ist der höchste Grad an Transparenz, den es allgemein gibt. Wir schlugen einen Schritt-für-Schritt-Plan vor, der jeden Ausbruch aus dem Kontrollregime – und somit die Möglichkeit zum Bau einer Atombombe – verunmöglicht hätte. Wir waren bereit, Uran lediglich auf fünf Prozent anzureichern [neunzig Prozent ist nötig für waffenfähiges Uran, Anm. d. Red.]. Und wir waren bereit, das niedrig angereicherte Uran sofort in Brennstäbe umzuwandeln, damit wir das Uran nicht lagern und später eventuell weiter anreichern konnten. Doch leider stiegen die Europäer nicht auf das Angebot ein. Der grösste Gegner waren die USA. Sie beharrten darauf, dass wir überhaupt keine Anreicherung machen dürften. Schliesslich forderten die Europäer, den Anreicherungsstopp unbefristet zu verlängern.

Hatte Revolutionsführer Chamenei Ihre Strategie der Aussetzung der Anreicherung toleriert?

>>>

Er war gegenüber den Absichten des Westens von Beginn weg extrem misstrauisch, stimmte jedoch schliesslich einem temporären Anreicherungsstopp als einer rechtlich nicht bindenden Vertrauensmassnahme zu. Aus heutiger Sicht muss ich sagen, die Skepsis des obersten Führers erwies sich als richtig.

Das klingt, als ob Sie Ihre damaligen Annäherungsversuche bereuten.

Ich finde, wir haben richtig gehandelt. Doch natürlich stellten uns die Hardliner an den Pranger. Wir haben einen hohen Preis bezahlt.

2007 wurden Sie wegen Spionage angeklagt. Wie kam es dazu?

Es hiess, ich hätte geheime Dokumente an britische und japanische Diplomaten weitergegeben. Während zehn Tagen sass ich im berüchtigten Evin-Gefängnis. Zwei Richter sprachen mich von den Anschuldigungen frei. Trotzdem verhängte man ein fünfjähriges Berufsverbot gegen mich.

Im Iran sehen etliche Ihren Fall als Teil eines tiefgreifenden Machtkampfes, welcher Achmadinedschad nach seiner Amtsübernahme lancierte, um politische Rivalen kaltzustellen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Sie scheint zuzutreffen. Als die neue Führung 2005 den Kurswechsel beschloss, sollten alle einflussreichen moderaten und reformorientierten Kräfte isoliert werden. Ihr Einfluss auf die Politik wurde weitgehend unterbunden.

Die gefährlichste Opposition gegen die Achmadinedschad-Regierung kam jedoch nicht von oben, sondern von der Strasse, von der «Grünen Bewegung», welche vor den letzten Präsidentschaftswahlen 2009 das ganze Land erfasst hatte. Rückblickend erstaunt es, dass der «islamische Frühling» nicht im Iran, sondern in Tunesien und Ägypten ausgebrochen ist.

Ich sehe es anders. Die «Grüne Bewegung» zeigte Respekt für den obersten Führer und stand hinter der Verfassung der islamischen Republik. Sie forderte Reformen innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Die Volksmassen in arabischen Ländern dagegen hatten einen Regimewechsel zum Ziel; dies ist ein grosser Unterschied.

Für die Regierung Achmadinedschad allerdings war die «Grüne Bewegung» eine existenzielle Bedrohung. Warum sonst hat er die Proteste nach seiner umstrittenen Wiederwahl derart brutal niederschlagen lassen?

Der Grund für die heftigen Reaktionen war die Angst vor einer Verschwörung. Die Regierung, das gesamte Sicherheits-Establishment und auch der Revolutionsführer waren komplett überzeugt, dass die «Grüne Bewegung» aus dem Ausland, von

ausländischen Geheimdiensten, gesteuert wurde, um einen Regimewechsel nach dem Modell der samtenen Revolution 1989 in der Tschechoslowakei herbeizuführen.

Einerseits konstatieren Sie, das Volk wolle keinen Regimewechsel. Andererseits sagen Sie, das gesamte Establishment sehe die Demonstranten als vom Ausland ferngesteuerte Umstürzler. Ist das kein Widerspruch?

Es spielt keine Rolle, ob ich oder Sie das glauben. Ich sage bloss: Bei heftigen Reaktionen ging es nicht bloss darum, die Demonstrationen zu unterdrücken. Das Regime sah in der «Grünen Bewegung» eine existenzielle Bedrohung für die islamische Republik.

Seit neun Jahren steht der Iran im Clinch wegen seines Nuklearprogramms. Bisher konnte Teheran Ängste vor einem Atombombenprogramm nicht glaubwürdig ausräumen. Wie soll es weitergehen?

Zuerst muss man begreifen, dass der Iran keine Konzessionen machen kann, solange man ihn mit Sanktionen in die Ecke drängt. Unter Druck zu kooperieren, widerspricht der iranischen Kultur.

Dieses Argument hört man seit Jahr und Tag. Insbesondere in Washington ist man

«Seit den Uno-Sanktionen von 2006 ist die Zahl an Zentrifugen um das Achtfache gestiegen.»

überzeugt, dass der Iran zwar nicht auf Druck reagiert, aber auf «riesigen» Druck schon. Man ist überzeugt, dass der Iran nur an den Verhandlungstisch kommt, weil die Sanktionen zu schmerzen beginnen und die Gefahr eines Militärschlags droht.

Schauen Sie, was dadurch erreicht wurde: Seit Achmadinedschad an der Macht ist, wurde allen Drohungen zum Trotz das Atomprogramm mit Hochdruck weiterentwickelt. Seit der Uno-Sicherheitsrat den Iran 2006 mit Sanktionen belegt hat, ist die Zahl an Zentrifugen um das Achtfache gestiegen. Iran reichert heute Uran auf zwei Levels (3,5 und 20 Prozent) an. Statt einer Anreicherungsanlage – wie es 2006 der Fall war – besitzt der Iran nun zwei. Sanktionen werden niemals das atomare Kalkül des Iran ändern. Die politischen Entscheidungsträger im Westen sollten die Tatsachen überprüfen.

Das klingt, als ob Sie Ihrem Rivalen Achmadinedschad Anerkennung zollten.

Als Chatami Präsident war, hatten wir mit den Europäern gute Beziehungen. Es gab Hoffnungen auf eine Annäherung an die USA. Unser Atomprogramm war nicht Gegenstand im Uno-Sicherheitsrat, und es gab keine Sanktionen, welche unsere Wirtschaft lähmten. Keine Frage, welches ich als den besseren Weg betrachte. Doch man muss sehen, dass der konfrontative Stil Achmadinedschads das Nu-

clearprogramm ungeachtet der hohen Kosten für das Land vorangetrieben hat. Je höher der Druck auf den Iran, desto entschlossener verfolgt dieser die nukleare Entwicklung.

Hört man Ihnen zu, scheinen Sie sich von den Hardlinern bloss in der Strategie zu unterscheiden.

Der Westen sollte sich mit der Tatsache abfinden, dass niemand im Iran auf Anreicherung verzichten wird. Egal, wer den Iran regiert, die Uran-Anreicherung ist eine rote Linie. Bereits für den Schah, der ein Alliiertes der USA war, war dies so. Egal, wer im Iran regiert, ein Monarch oder Kleriker, niemand wird dieses Recht aufgeben. Wenn der Westen diese Tatsache anerkennt, wird eine diplomatische Lösung möglich.

Mit anderen Worten: Der Westen soll mit seiner Forderung nach einem Stopp iranischer Uran-Anreicherung kapitulieren. Was erhält er dafür?

Maximale iranische Transparenz und Kooperation im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages.

Ausgenommen davon sind zum Beispiel Kontrollen in militärischen Sperrzonen. Wie soll die Weltgemeinschaft sicherstellen, dass der Iran in solchen Gebieten keine versteckten Uran-Anreicherungsanlagen zur Waffenproduktion unterhält?

Der Schlüssel liegt in einer Annäherung zwischen dem Iran und den USA. Das eigentliche Problem Teherans ist nicht das Atomprogramm, sondern die Beziehung dieser beiden Staaten, die 1979 offiziell abgebrochen wurde. Solange die bilateralen Beziehungen von Feindschaft, Drohungen und Misstrauen dominiert werden, wird es keine Lösung im Nuklearstreit geben. Der Iran und die USA sollten damit beginnen, ihre jeweiligen Beschwerdelisten in gegenseitigen Gesprächen abzuarbeiten.

Wo würden Sie die Annäherung beginnen?

Dort, wo die beiden Ländern gemeinsame Interessen haben: bei einer Stabilisierung Afghanistans unter Ausschluss der Taliban und bei der Unterbindung des Drogenschmuggels in der Region.

Nächstes Jahr wird im Iran ein neuer Präsident gewählt. Kurz vor dem Urnengang läuft Ihr fünfjähriges Berufsverbot aus. In Teheran mutmasst man über Ihr politisches Comeback. Werden Sie zurückkehren?

Ich kann jederzeit zurückkehren. Rechtlich liegt nichts mehr gegen mich vor. Während meiner Zeit in Princeton habe ich jedoch die Freude an der akademischen Arbeit entdeckt. Der Spionage-Prozess gegen mich hat besonders bei meiner Familie Spuren hinterlassen. Diesen Unannehmlichkeiten möchte ich uns nicht noch einmal aussetzen.

Seyed Hossein Mousavian: The Iranian Nuclear Crisis: A Memoir. Carnegie Endowment for International Peace. 612 S.